

Gegen Militarisierung und Hoch- rüstung – für friedliche Konflikt- lösungen



<https://stoprearm.org/>

Im März 2025 hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen **Plan zur weiteren, massiven Aufrüstung der EU vorgelegt: „ReArm Europe“**: Rund 800 Milliarden sollen die EU und ihre Mitgliedsstaaten in den nächsten vier Jahren im Bereich Militär/Rüstung investieren. Die Grundlagen sind im Dokument „Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030“¹ erläutert. Gefordert wird eine **„Wiederaufrüstung Europas“**. Der Begriff „Wiederaufrüstung“ ist schwer nachvollziehbar angesichts der bislang schon hohen Ausgaben für Verteidigung und Grenzsicherung und den Bestrebungen der EU, die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken, z.B. mit „PESCO, Permanent Structured Cooperation“.

Aus der Rede der EU- Kommissionspräsidentin zur Lage der Union 2025

[...] Dieser Sommer hat uns gezeigt, dass kein Platz und keine Zeit mehr ist für Nostalgie. Die Frontlinien für eine neue auf Macht basierende Weltordnung werden jetzt gezogen. Ja – Europa muss kämpfen. Um seinen Platz in einer Welt, in der viele wichtige Mächte Europa gegenüber entweder zwiegespalten sind – oder offen feindselig [...] Putins Kriegswirtschaft wird weitergehen, selbst wenn der Krieg (in der Ukraine) endet. Deshalb muss Europa bereit sein, die Verantwortung für seine eigene Sicherheit zu übernehmen. Die NATO wird dabei natürlich stets eine entscheidende Rolle spielen. [...]“

(Quelle: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_25_2053)

Aus einer zutreffenden Analyse – das Gewicht Europas bzw. der EU in der Welt nimmt ab, auch die USA konzentrieren sich auf andere Weltregionen – wird eine falsche Schlussfolgerung gezogen: Eine beträchtliche Steigerung der Militärausgaben und eine konfrontative Außenpolitik mit Wirtschaftssanktionen würden den Frieden in Europa sichern. Friedenssicherung ist jedoch nur durch Kooperation und Anerkennung der Interessen aller Beteiligten möglich. **Die zusätzliche Bezeichnung für „ReArm Europe“ – „READINESS 2030“ nennt das Ziel im Klartext:** schnelle Erhöhung der militärischen Einsatzbereitschaft, Erhöhung der Abschreckung gegenüber Russland. Dies, obwohl es keine seriösen Belege dafür gibt, dass Russland einen Angriff auf Nato-Gebiet plant. Der EU geht es nicht um eine passive Verteidigung gegen einen potenziellen Aggressor, sie will kriegstüchtig werden.

¹ https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2025/0101-0200/156-25.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Die Militarisierung und Hochrüstung, die mit „ReArm Europe“ verfolgt wird, ist nicht neu. Dies ist eine konsequente Fortsetzung der bisherigen Politik der EU-Kommission.

Die Arbeitsteilung zwischen der EU und den europäischen Nato-Staaten²

Die Nato plant die Erhöhung der Verteidigungsausgaben: Bis spätestens 2035 auf insgesamt 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), davon 3,5 % für militärisches Gerät und Unterhalt der Armeen (dazu gehört auch die Stationierung von Mittelstreckenraketen), 1,5 % für sicherheitsbezogene Infrastruktur.³

Die EU ermöglicht die Finanzierung.

➤ Ca. 600 Milliarden für Militärausgaben durch Änderung der Regeln für Haushaltsdefizite von Mitgliedsstaaten,

Im Juli 2025: Der Europäische Rat (Staats- und Regierungschefs der EU-Länder, EU-Kommission) aktivierte die sogenannte „nationale Ausweichklausel“ des Stabilitäts- und Wachstumspakts, zunächst für 15 Mitgliedstaaten. Dies erlaubt eine jährliche Überschreitung des zulässigen 3 %-Defizits vom BIP um bis zu 1,5 % für die Jahre 2025 bis 2028, wenn die zusätzlichen Ausgaben der Verteidigung dienen.

Staaten, die (noch) nicht offiziell die Ausweichklausel nutzen (z. B. Frankreich, Deutschland) erhöhen ihre Verteidigungsausgaben trotzdem massiv – entweder aus dem regulären Haushalt oder über Sonderfonds (wie das deutsche „Sondervermögen Bundeswehr“). Dies toleriert, besser gesagt fördert die EU-Kommission.

Bislang galt: EU-Mitgliedsstaaten, die ein hohes Haushaltsdefizit haben, müssen mit Sanktionen rechnen, etwa, weil sie mehr Geld für Soziales und Investitionen in die Daseinsvorsorge ausgeben, als dies gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zulässig ist. Begründung: nur mit strenger Haushaltsdisziplin könnten die Wirtschaft und der Euro stabil gehalten werden. Offensichtlich war dies ein vorgeschobenes Argument, um Ausgaben für Soziales zu begrenzen.

➤ 150 Mrd. € für zinsgünstige Darlehen

Die Mitgliedsstaaten können Kredite für Rüstungsausgaben mit günstigen Zinssätzen und langer Laufzeit aus dem Programm „Sicherheitsaktion für Europa (SAFE)“ beantragen. Die EU nimmt Kapital auf dem Markt auf, aufgrund der hohen Kreditwürdigkeit der EU kann dies für einige Staaten günstiger sein, als selbst Kredite aufzunehmen. Bedingung ist die Zusammenarbeit mehrerer EU-Staaten, z.B. bei Anschaffungen von Luftabwehrsystemen und Drohnen oder beim Schutz vor Cyber-Attacken. Systeme, für die EU-Mittel infrage kommen, können auch in einigen Nicht-Mitgliedsländern der EU, z.B. in der Ukraine, produziert werden. Die Darlehen werden durch den EU-Haushalt gedeckt. Die BRD hat Stand Juli 2025 für dieses Programm keinen Antrag gestellt.

Die EU hat lange gemeinsame Schulden abgelehnt (vgl. die Diskussion während der Eurokrise um Euro-Bonds). In der Coronakrise wurden mit dem Programm ‚NextGenerationEU‘ erstmals im großen Stil Anleihen aufgenommen, 750 Milliarden Euro.⁴

➤ Die EU lenkt private Ersparnisse in den Verteidigungssektor

² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_673 und Recherche mit OpenAI, 23.08.202

³ <https://de.euronews.com/my-europe/2025/06/25/ergebnisse-des-nato-gipfels-funf-prozent-ziel-und-beistandsverpflichtung>

⁴ https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/next-generation-eu-2246302?utm_source=chatgpt.com

Im Rahmen einer „Spar- und Investitionsunion“⁵ sollen die Anlagen von Ersparnissen, z.B. zur Altersvorsorge, an Kapitalmärkten gefördert werden. Nutznießer dieses Programms ist auch die Rüstungsindustrie.

➤ Abbau von Vorschriften – auch zur Beschleunigung der Rüstungsproduktion⁶

Deregulierung, also der Abbau von gesetzlichen Regelungen und Vorschriften, wird als Bürokratieabbau verkauft, etwa die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Viele der als zu bürokratisch bewerteten Gesetze und Vorschriften dienen jedoch dem Schutz von schwächeren Marktteilnehmern bzw. der Umwelt. Eine Umsetzung erfolgt zum Teil im Omnibus-Verfahren, ein EU-Verwaltungsverfahren, das es ermöglicht, mehrere Rechtsakte zusammenzufassen und Änderungen an bestehenden Regelungen vorzunehmen.

Welche Folgen hat ReArm Europe?

Veränderte Prioritätensetzungen des Staates: Es geht nicht „nur“ um unmittelbare Rüstungsausgaben, wie Waffen und Unterhalt der Armee. Z.B. ist geplant, dass Verkehrswege für Militärtransporte ausgebaut und EU-Mittel, die für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse gedacht sind, in Militärprojekte umgeleitet werden.

Hohe Staatsverschuldung – undurchsichtige Haushaltsstruktur: Die Ausnahmen von der Schuldenbremse auf nationaler Ebene und auf EU-Ebene ergänzen sich. Beide wurden von der Regierung der BRD (mit-)initiiert. Kaum mehr überschaubar ist die Finanzierung durch Sondervermögen.

Wachsende Profite für Rüstungsindustrie und Finanzmarktakeure: Ziel ist die Umstellung der Ökonomie auf eine Kriegswirtschaft. Die massive Erhöhung der Rüstungsaufträge führt zu zusätzlichen Gewinnen bei den Konzernen.

Kürzungen im Sozialbereich, bei der öffentlichen Daseinsvorsorge: In der BRD erklärt die Regierung Merz, dass die „Reform“ der Bundeswehr in Richtung „Kriegstüchtigkeit“ und die Erfüllung der Nato-Vorgaben eklatante Kürzungen im sozialen Bereich erforderlich machen.

Aus der Rede von *Christoph Marischka (Informationsstelle Militarisierung Tübingen) auf dem Antikriegstag in Erlangen*

„[...] Diese eilig durchgepeitschte Verfassungsänderung verändert den Charakter dieses Staates grundsätzlich. Während sich die neu gegründete Bundesrepublik nach dem Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg in ihrer Präambel und im ersten Artikel ihrer Verfassung noch zum Frieden (und übrigens auch zur Gerechtigkeit) in der Welt verpflichtet hat und verpflichten musste, erhält nun die Aufrüstung durch neue, ellenlange Artikel im Grundgesetz eine absolute Sonderstellung, wird quasi zum obersten Staatsziel. Für nichts anderes gilt eine absolute und unbegrenzte Ausnahme von der Schuldenbremse: Nicht für Gesundheit und Pflege, nicht für die Bekämpfung des Klimawandels, nicht für den Sozialstaat. Und so ist es kein Wunder, dass es nun heißt, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, während für die Aufrüstung unbegrenzt neue Kredite aufgenommen werden können.“[...]“

Quelle: <https://www.imi-online.de/2025/09/02/imi-reden-zum-antikriegstag>

⁵ https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-stellt-spar-und-investitionsunion-vor-sparerer-und-unternehmen-profitieren-2025-03-19_de

⁶ <https://www.wiwo.de/politik/europa/eu-gipfel-die-neue-ungeduld-der-ruestungsbranche/30264276.html> und Abfrage ChatGPT

Vernachlässigung des Klimaschutzes: Hochrüstung lässt zu wenig Haushaltsmittel für Klimaschutz übrig, auch die Rüstung selbst, etwa die Produktion von Waffen und Militärübungen, ist klimaschädlich und einer der wichtigsten Treiber der CO₂-Emissionen.

Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung treten in den Hintergrund: Eine Gesellschaft, in der Aufrüstung das dominante Thema wird, grenzt sich ab, verfolgt eine Außenpolitik, in der die Interessen konkurrierender Staaten ignoriert werden, verletzt Rechte von Migrant:innen, ist anfälliger für eine Rückkehr zu überkommenen patriarchalen Rollenbildern.

Milliarden fließen in die Rüstung und die Optimierung der Infrastruktur für militärische Zwecke. Es gibt zu wenig öffentliche Diskussion. **Bleiben wir weiterhin eine demokratische Gesellschaft, in der (mit Mühe) politische Veränderungen erkämpft werden können?** Oder entwickeln sich die BRD und die EU zu „kriegstüchtigen“ Gesellschaften, dominiert von Kriegstreibern, Militärstrategen und Konzernen?

Unsere Alternativen

Nur „eine weitere Ausrüstung stoppen“ reicht nicht. Die Parole „Stopp ReArm Europe“ muss gedacht werden als eine grundlegende Änderung der Prioritätensetzung. Einige Bausteine:

- Friedliche Konfliktlösungen – statt militärischer Drohgebärden oder gar militärische Interventionen. Überlegungen zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur müssen gemeinsam mit Russland getroffen werden
- Soziale Sicherheit und Teilnahme für alle!
- Bekämpfung der Ursachen von Migration; Aufnahme aller Menschen, die für sich keine andere Perspektive sehen, als vor politischer Verfolgung, Kriegen und Umweltkatastrophen in die reichen EU-Länder zu fliehen
- Mit nachhaltigem Wirtschaften werden die Ursachen von Umweltkatastrophen bekämpft
- Wir sprechen uns gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht in der BRD aus und für die Anerkennung bzw. ein Bleiberecht aller Kriegsdienstverweigerer



Was tun?

Heute gibt es bei uns eine Vielzahl von Protesten, nicht nur zum Antikriegstag und zum 3. Oktober. Um Aufrüstung und Militarisierung zu stoppen und wirksam für eine andere Gesellschaft zu kämpfen, brauchen wir jedoch auch eine europäische Vernetzung, wie sie mit <https://stoprearm.org> zurzeit aufgebaut wird.

Let's organize a European movement against ReArm Europe!

Bildquelle: <https://stoprearm.org/news/>, Übersetzung: Wir resignieren nicht vor Aufrüstung und Krieg

Stand Oktober 2025, V.i.s.d.P.: Brigitte Nestle, Muggenhofer Strasse 26, 90429 Nürnberg,